Niederschrift

Gremium	Sitzung - RPB/036(V)/13			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Ausschuss für Rechnungsprüfung und Beteiligungscontrolling	Dienstag, 26.02.2013	Altes Rathsua, Alemannzimmer, 3. Etage	17:03 Uhr	18:00 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29.01.2013
- 4 Prüfberichte des RPA
 - 4.1 Prüfung von Zuwendungen nach Fachförderrichtlinien Amt 51 PB010/2012
 - 4.2 Prüfung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz PB011/2012
- 5 Beschlussvorlagen
- 6 Anträge
- 7 Informationen
- 8 Verschiedenes

Anwesend:

Vorsitzender

Rösler, Jens

stellvertretend

Mitglieder des Gremiums

Meyer, Steffi

Häusler, Gerhard

Kraatz, Daniel

Bork, Jana

Beratende Mitglieder

Schuster, Hans-Jörg

Sachkundige Einwohner/innen

Frömert, Regina

Geschäftsführung

Köhls, Henriette

Gäste/Verwaltung

Herr Klapperstück

AL 14

Frau Schlegel

Amt 14

Frau Steinforth

Amt 14

Herr Kracht

Amt 51

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

SR Rösler, als stellvertretender Vorsitzender, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Die Beschlussfähigkeit wird zu Beginn der Sitzung mit vier beschlussfähigen Mitgliedern festgestellt. Die Beschlussfähigkeit erhöht sich in Laufe der Sitzung auf fünf beschlussfähige Mitglieder.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung der heutigen Ausschusssitzung wird unverändert bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 4 / 0 / 0

3. Genehmigung der Niederschrift vom 29.01.2013

Die Niederschrift der letzten Ausschusssitzung ist noch nicht vom Ausschussvorsitzenden unterzeichnet. Die Genehmigung wird somit auf die nächste Sitzung verschoben.

4. Prüfberichte des RPA

4.1. Prüfung von Zuwendungen nach Fachförderrichtlinien Amt 51 PB010/2012

Die Prüferin, Frau Steinforth, stellt die Ergebnisse ihrer Prüfung vor und benennt die wesentlichen Probleme.

Herr Kracht nimmt Stellung zu den Prüfergebnissen:

- Eine zeitnahe Prüfung der Verwendungsnachweise (VWN) und der Abbau der Rückstände ist aufgrund der derzeitig vorhandenen Personalausstattung nicht möglich. Mit FB 01 zusammen wird hier nach Lösungen gesucht.
- Zur Anpassung der Fachförderrichtlinien wurde eine Arbeitsgruppe gebildet. Ein vereinfachtes und rechtssicheres Förderverfahren soll erarbeitet werden.
- Die Anzahl der eingegangenen Anträge hat sich im Vergleich zum Vorjahr (ca. 200) etwas verringert.
- Softwareeinsatz: Konzept, um ab 2014 Förderungen auf Leistungsvereinbarungen umstellen zu können. Ob dadurch eine tatsächliche Aufwandsminimierung erfolgt, ist fraglich.
- Korrekturen Festbeträge: Widerspricht der Finanzierungsart der Festbetragsfinanzierung, aber eine Überfinanzierung soll vermieden werden. Den Hinweisen des RPA wird gefolgt.
- Einrichtung einer neuen Stelle für die VWN-Prüfung: Die Organisationsuntersuchung des FB 01 führte zum Ergebnis, dass die derzeitigen Stellen ausreichend sind.
- Umverteilung der Aufgaben im Amt 51: verschiedene Lösungsansätze in Diskussion
- Offene, nicht geprüfte VWN: Restvorgänge aus 2009, ansonsten Abprüfung der VWN aus 2010
- keine maßgeblichen Rückzahlungen an Land/Bund
- Antragsbearbeitung: Verzögerungsgründe sind vielschichtig z. B. Antragsbearbeitungszeitpunkt nicht immer zeitnah, Abstimmungszeitpunkt im Jugendhilfeausschuss
- Frist für die Antragseinreichung ist der 15.11. des jeweiligen Vorjahres der Maßnahmedurchführung
- Reisekostenabrechnung nach BRKG: Maximalbetrag für Fahrtkosten war nicht in Richtlinie enthalten, Besserstellungsverbot beachten

Frau Steinforth fügt hinzu:

- Grund für die Rückstände: In der Vergangenheit gab es auch Bearbeitungsprobleme, die Prüfung der VWN zog sich teilweise aufgrund nicht vorgelegter und/oder geänderter Unterlagen und mehrfacher Prüfung durch Amt 51 hin. Bei der aktuellen Überprüfung durch das RPA konnten keine Bearbeitungsprobleme aufgrund fehlender Unterlagen festgestellt werden.

Der Prüfbericht mit der vorliegenden Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

4.2. PB011/2012 Prüfung von Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz

Frau Schlegel informiert kurz über die Prüfergebnisse. Im Zuge der Prüfung haben sich keine gravierenden Beanstandungen ergeben.

Bzgl. der digitalen Akte ist anzumerken, dass seitens des Amtes 50 die Festlegung getroffen wurde, Dokumente nicht rückwirkend einzuscannen (hoher Arbeitsaufwand). Daher gestaltete sich die Prüfung etwas umständlich, da eine Akte zum Teil in Papierform und zum Teil digitalisiert sein kann. Zudem entsprachen die eingescannten Dokumente vereinzelt nicht der gewünschten Qualität. Einige Dokumente waren nicht lesbar.

Der Bericht mit der vorliegenden Stellungnahme wird zur Kenntnis genommen.

5. Beschlussvorlagen

-

6. Anträge

-

7. Informationen

In der nächsten Sitzung findet die Beratung des Prüfberichtes des RPA über die Betätigungsprüfung (PB021/2012) inkl. Stellungnahme der Verwaltung statt. Sollte bis dahin kein anderer Prüfbericht für die Beratung im RPB freigegeben sein, wird die Beratung des PB021/2012 zurückgestellt.

Zur Thematik Bereitstellung Aufsichtsratsprotokolle im Zuge der Betätigungsprüfung wird eine Ausarbeitung des RPA der nächsten Tagesordnung beigefügt.

8. Verschiedenes

-

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Jens Rösler
stellvertretender Vorsitzender

Henriette Köhls
Schriftführerin